

Einführung in die Politikwissenschaft

1 Was ist und tut die Politikwissenschaft

Politik: Soziales Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen ausgerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln.

Soziales Handeln: Menschliches Verhalten, das in direkter Verbindung zum Handeln anderer Menschen steht. Interaktives Handeln. Durch soziales Handeln entsteht soziale Wirklichkeit.

Politisches Handeln: Soziales Handeln, das auf allgemein verbindliche Entscheidungen und Steuerungsmechanismen hinwirkt. Ob die allgemeine Verbindlichkeit tatsächlich erreicht wird, ist hier unwesentlich.

Staat: Wichtigster Bezugsrahmen politischen Handelns. Staaten sind oft die Folge der Bemühungen von gewaltbereiten Gruppen, Macht über ein bestimmte Bevölkerung, Territorien und Ressourcen zu erlangen. Staaten machen Kriege und Kriege machen Staaten.

Expansion staatlicher Funktionen: Früher: Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Schutz der Bevölkerung und des Territoriums, Schaffung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Heute: Auch Massnahmen zur Förderung der Wirtschaftsaktivität, Effizienz, Umverteilung von Wohlstand

Entmachtung des Staates: Steuerungskompetenzen werden nach unten (Märkte, Verbände, NGO) und nach oben (internationale oder supranationale Organisationen) verlagert

Politikwissenschaft: Wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung politischer Phänomene. Untersucht Verhalten, Entscheidungsprozesse, Ereignisse oder Entwicklungen, Strukturen und Organisationen, die dem Politischen zuzuordnen sind.

- Beschäftigung damit, wie gesellschaftliche Organisationsformen idealerweise aussehen sollten.
- Verallgemeinerbare Aussagen zur Funktionsweise der Politik.

Empirisch-analytisch: Möglichst objektive, werturteilsfreie Beschreibung und Erklärung der politischen Wirklichkeit. Annahme, dass politische Phänomene unabhängig vom Beobachter beschrieben, gemessen und erklärt werden können. Kausale Hypothesen sollen durch logische Analysen und empirische Tests überprüft werden.

Gütekriterien: Systematik, Objektivität, Verlässlichkeit, Gültigkeit, intersubjektive Prüfbarkeit

Hermenutisch: Fragestellung, die anhand von empirischen Informationen und ihrer Interpretation beantwortet wird.

Fragen: Welche Bedeutung, verband der Urheber mit dem zu Verstehenden? In welchem Bedeutungszusammenhang steht das zu Verstehende? Welche Zielsetzung war damit beabsichtigt?

Positive Forschung: Reale Welt soll möglichst werturteilsfrei und unabhängig vom Beobachter beschrieben, erklärt und verstanden werden.

Normative Forschung: Forscher bezweckt mit seiner Analyse die Bewertung eines politischen Sachverhalts nach bestimmten Kriterien.

Schritte zu einer Forschungsfrage: 1. Festlegung des Phänomens 2. Einordnung in 2 Schemata (siehe unten) 3. Theoretische Überlegungen zu Ursache und Wirkung 4. Zu einer überprüfbaren Hypothese verdichten

Polity: Politische Struktur und Akteure. Institutionen bzw. Organisationen, in denen politisches Handeln stattfindet.

Politics: Politische Prozesse. Prozesse der Willensbildung, Entscheidungen und Umsetzung.

Policy: Politische Inhalte, konkrete Aufgaben, Ziele, Gestaltung politischer Programme.

Analyseebenen: Individuum, Regierung, Gesellschaft, Zwischenstaatlich, Weltsystem

2 Empirisch-analytische Forschung: Theoretische Ebene

Hauptziel: Logisch konsistente und empirisch bestätigte Aussagen über politische Zusammenhänge zu erarbeiten.

Logisch konsistent: ohne inneren Widerspruch, empirisch falsch oder richtig

Empirisch: Tatsächlich beobachtbar

Falsifizierbarkeit: Prinzipielle Möglichkeit, die Aussage anhand empirischer Beobachtungen zu widerlegen.

Inferenz: Aufgrund von theoretischen Modellen und empirischer Evidenz generalisierbare Schlussfolgerungen über Wirkungszusammenhänge ziehen.

Spielregeln der Wissenschaft: Nachvollziehbarkeit, Ehrlichkeit, Wahl der bestmöglichen Theorie und Methode

Harte empirische Tests: Falsifikation der Hypothese wesentlich einfacher zu erreichen als Bestätigung

Ablauf: (Arbeitsschritte)

1. Formulierung einer Fragestellung
2. Entwicklung eines theoretischen Arguments
3. Ableitung von Hypothesen
4. Konzeptdefinition
5. Bestimmung der Untersuchungsform (Methode)
6. Operationalisierung: Wie werden theoretische Konzepte empirisch gemessen? Den verschiedenen Konzepten des theoretischen Arguments werden empirisch beobachtbare Indikatoren zugeordnet.
7. Fallauswahl: Grundgesamtheit soll gut und repräsentativ abgedeckt sein.
8. Datenerhebung und -erfassung
9. Analyse (Herzstück): Rückkoppelung zwischen Theorie und Empirie
10. Publikation

Gute empirisch-analytische Fragestellung: zentral für das Gelingen eines Forschungsprojektes

- Fragestellung tatsächlich als Frage formuliert.
- Fragestellung empirisch überprüfbar
- Gesellschaftliche oder politikwissenschaftliche Relevanz
- Keine normative Prägung
- Forschungsgebiet muss eingegrenzt werden, damit Beantwortung möglich ist

Theorie: System von miteinander verbundenen Aussagen, mit mehreren Hypothesen und Gesetze über Zusammenhänge zwischen verschiedenen Konzepten.

Gute Theorien: Hohe Erklärungskraft, intern konsistent, nur logisch richtige Aussagen, Falsifizierbarkeit (in der empirisch-analytischen Tradition), Konkrete Aussagen ableitbar

Induktive Theoriebildung: Von empirisch beobachteten Tatsachen auf einen allgemeinen Zusammenhang schliessen, vom Besonderen auf das Allgemeine, zur Überprüfung andere Daten als zur Formulierung notwendig!

Deduktive Theoriebildung: Von allgemeinen Aussagen auf das Besondere schliessen, nur logisch konsistente Schlüsse, vor allem bei entwickelten Forschungsgebieten und umfassendem Vorwissen

Hypothesen: Vermutungen über Wirkungszusammenhänge zwischen zwei oder mehreren Konzepten, theoretisch hergeleitet, empirisch überprüfbar, falsifizierbar

Gute kausale Hypothesen: Kriterien

- Wirkungszusammenhang zwischen mindestens zwei Konzepten, unabhängige und abhängige Variable und Effekt klar ersichtlich
- Beide Konzepte können unterschiedliche Ausprägungen annehmen
- Falsifizierbarkeit, empirische Beobachtungen, die nicht der Hypothese entsprechen, müssen prinzipiell möglich sein

Deterministische Hypothesen: Wenn X, dann immer Y.

Probabilistische Hypothesen: Wenn X, dann mit p Prozent Wahrscheinlichkeit Y.

Gesetze: Empirische Hypothesen mit unbegrenztem Gültigkeitsanspruch
Paradigma: Theorie, die in einem Wissenschaftszweig zum Standard geworden ist und deren Kern nicht in Frage gestellt wird

Modelle: stark vereinfachte Darstellungen der Wirklichkeit auf eher abstrakter Ebene

Gute Modelle: Falsifizierbarkeit, Klarheit, Blick auf wesentliche Merkmale der Realität fokussieren

Pfeildiagramm: kausale Zusammenhänge zwischen Konzepten durch Pfeile dargestellt, Richtung des Pfeils zeigt Wirkung Positiv- oder Negativzeichen die Art des Zusammenhangs

Konzepte: in einer Theorie enthaltene Grundbegriffe, müssen genau definiert sein

niert, die wesentlichen Eigenschaften und Merkmale des Konzepts im theoretischen Kontext ersichtlich sein

Variablen: Sammelbegriff für alle Merkmalsausprägungen, die ein Konzept annehmen kann, unabhängige (erklärende) Variablen als Ursache für Veränderungen der abhängigen Variable

Erklärung: in der Wissenschaft oft deduktiv-nomologische Erklärungen

Explanandum: zu erklärender Sachverhalt

Explanans: Ursachen und Zusammenhänge, besteht aus Hypothese und Feststellung, dass die Randbedingungen der Hypothese vorliegen

Prognosen: Vorhersagen über das Eintreffen eines Ereignisses, Zustandes oder Entwicklung, gleiche logische Struktur wie die Erklärung, aber das Explanandum ist gesucht

Kausalität: Beziehung zwischen Ursache und Wirkung, Ursache ist ein Ereignis oder Umstand, der ein anders Ereignis oder Umstand hervorruft, empirischer Nachweis sehr schwierig

Korrelation: Zwei Ereignisse oder Umstände variieren gemeinsam, auch negative Korrelation, Korrelation notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Kausalität

Scheinkorrelation: zwei Variablen korrelieren, weil sie mit einer dritten kausal verbunden sind

3 Empirisch-analytische Forschung: Empirische Ebene

Validität: Interne und externe Validität oft in einem Spannungsverhältnis

Interne Validität: Beobachtete Veränderungen der abhängigen Variable tatsächlich auf den Einfluss der unabhängigen Variable zurückführbar, kausale Zusammenhänge klar identifiziert

Externe Validität: Ergebnisse generalisierbar

Untersuchungsformen: je nach Fragestellung, Hypothese und Datenverfügbarkeit

Experimente: Kausaler Zusammenhang unter kontrollierten Bedingungen empirisch überprüfen. Versuchs- und Kontrollgruppe unterscheiden sich nur durch das Treatment. Randomisierung (Zufallsenteilung) entscheidend! Interne Validität hoch, externe geringer

Quasi-Experimente: tatsächlich existierende Fälle und Situationen, die in Bezug auf politische Strukturen, Inhalte und Prozesse bis auf die unabhängige Variable sehr ähnlich, Experiment ohne Randomisierung, ohne aktives Einwirken des Forschers

Nicht-experimentelle Untersuchungsformen: ex post auf natürlich produzierte Daten, unabhängige Variable nicht randomisiert!

Quantitative Untersuchungsformen: Erfassen politikwissenschaftliche Konzepte in Form von Zahlen, standardisierte Messmethoden, zb Fragebogen mit klar vorgegebenen Antwortmöglichkeiten oder bereits erhobene Sekundärdaten, Vorteile: grosse Anzahl von Beobachtungen untersuchen und vergleichen, strukturiertes Vorgehen erhöht Nachvollziehbarkeit und Reliabilität, Unsicherheit quantifizierbar, Nachteile: Untersuchungsgegenstand nur schwer in Zahlen fassbar, verleiten zur Zahlengläubigkeit, Gefahr einer zu starken Vereinfachung

Qualitative Untersuchungsformen: Komplexität sozialer Zusammenhänge im Detail verstehen. Prozesse, Mechanismen und Abläufe im Detail analysieren, oft Generierung neuer Hypothesen. fallspezifische Umstände können berücksichtigt werden. Nachteile: Anzahl der Fälle beschränkt, geringere Generalisierbarkeit, Fehlerwahrscheinlichkeit unklar, Gefahr der Überdeterminiertheit (mehr Variablen als Fälle)

mixed methods design: Kombinationen von qualitative und quantitative Methoden

Fallauswahl: Qualität der Fallauswahl entscheidend für externe Validität

Zufallsstichprobe: Jedes Element der Grundgesamtheit hat die gleiche Chance, in die Stichprobe zu gelangen

Quotenstichprobe: sicherstellen, dass gewisse Quoten einzelner Merkmale in der Stichprobe vorhanden sind in der gleichen Relativität wie in der Grundgesamtheit

Vollerhebung: Alle Einheiten der Grundgesamtheit werden untersucht

Selection Bias: Fehlen von Daten kann mit bestimmten Charakteristika zusammenhängen, man sollte sich über zugrunde liegenden Selektionsmechanismus bewusst sein und die Art der Verzerrung bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigen

Vergleichende Fallstudien: Jede mögliche Kombination von Variablenausprägungen sollte untersucht werden

Most Similar Systems Design: Fälle sollten sich in Bezug auf die interessierende unabhängige Variable unterscheiden, aber bezüglich anderer unabhängiger Variablen sehr ähnlich sein

Most Different Systems Design: Frage, warum sehr unterschiedliche Umstände in den untersuchten Fällen zum gleichen Ergebnis geführt haben, Fälle unterscheiden sich bis auf die primär interessierende unabhängige Variable sehr stark

Operationalisierung: Konzepte des theoretischen Arguments empirisch fassbar machen

Konzept: genau definierte Begriffe als Grundlage des theoretischen Arguments

Indikatoren: empirisch beobachtbare, messbare Entsprechungen der Konzepte

Variablen: Dichotome/binäre/Dummy mit zwei Ausprägungen, diskrete Variablen mit wenig verschiedenen Werten und stetige Variablen mit jedem beliebigen Wert

Validität: Gültigkeit, in wie weit der Indikator tatsächlich das zu operationalisierende Konzept misst

Reliabilität: Zuverlässigkeit, in wie weit wiederholte Messungen eines Konzepts mit einem bestimmten Indikator die gleichen Ergebnisse hervorbringen

Datenerhebung: Methoden

Befragung: Fragen an Menschen stellen, Expertenbefragungen oder Umfragen, standardisierte Befragungen (Fragen und Antwortmöglichkeiten klar vorgegeben), Halbstrukturierte Befragungen (Leitfaden), rein qualitative Interviews (grober Frageleitfaden)

Beobachtung: Feldnotizen und Beobachtungsprotokolle, offen oder verdeckt, Hoch strukturiert (quantitativ) oder weniger strukturiert (qualitativ)

Dokumenten- oder Inhaltsanalyse: schriftlich vorliegende Dokumente qualitativ oder quantitativ analysieren

Sekundärdaten: bereits erhobene Daten

Empirische Datenanalyse: empirische Überprüfung der im Theorieteil formulierten Hypothesen

Deskriptive Statistik: zum Beispiel mit Häufigkeitstabellen, Ergebnisse gelten nur für die Fälle im verwendeten Datensatz

Inferenzstatistik: statistische Techniken erlauben eine Verallgemeinerung

Publikation: Sicherstellung der Qualität durch Peer-Review-Prozesse (Arbeit wird von anderen Politikwissenschaftlern kritisch begutachtet)

Beurteilungskriterien für wissenschaftliche Arbeiten: trotz Peer Review...

- Ist das theoretische Argument logisch konsistent?
- Ist die empirische Untersuchung gut durchgeführt worden? Unverzerrte Fallauswahl, Forschungsdesign, Messmethoden zuverlässig, angemessene empirische Methoden...
- Stützen die empirischen Ergebnisse das theoretische Argument? Alle Implikationen des Modells getestet? Richtige Schlüsse gezogen?

4 Grundformen politischer Systeme

Politische Systeme: Gesamtheit institutioneller und sozialer Strukturen, durch die verbindliche Regeln für das Staatsvolk hergestellt, umgesetzt und durchgesetzt werden und durch die politische Ämter besetzt werden.

Territorialstaaten: rund 200, Souveränität nach innen und aussen

Elemente des politischen Systems: Zentrales politisches Entscheidungssystem, intermediäre Akteure, Bürger

Demokratie: Herrschaft durch das Volk (government of the people, by the people and for the people)

Repräsentative Demokratie: Anzahl und Komplexität politischer Fragestellungen stark gestiegen, deswegen werden politische Fragen nicht mehr direkt durch die Bürger entschieden, Volk bleibt der Souverän (ultimativer Inhaber der Staatsgewalt)

Merkmale demokratischer Systeme: Entscheidungsmacht vom Volk an den Repräsentanten direkt übertragen, freie und faire Wahlen, Mandat zeitlich begrenzt

Weiter Demokratiebegriff: Nicht nur demokratische Wahlen, sondern auch Rede- und Pressefreiheit, Verfügbarkeit alternativer Informationsquellen, Freiheit, sich zu Vereinigungen zusammenschliessen

Direktdemokratische Elemente: Mitbestimmung der Bürger bei ganz konkreten Themen in Form von Abstimmungen

Autokratische Systeme: Anforderungen einer Demokratie nicht erfüllt, in der Regel regiert eine kleine Gruppe, die nur ein niedriges Mass an Forderungen und Anregungen des Volkes in die Politik aufnehmen muss

Militärregimes: Regierung aus einer Gruppe von aktiven oder ehemaligen Militärs

Ein-Parteien-Systeme: Eine Partei dominiert die Politik und kontrolliert den Zugang zu politischen macht, Regierungsämter werden durch einen innerparteilichen Auswahlprozess besetzt

Personalistische Systeme: Zugang zu politischen Ämtern vom Wohlwollen einer einzelnen Person abhängig, weder Partei noch Militär haben die Macht, unabhängig der Person des Machthabers Entscheidungen zu treffen

Mischformen: Merkmale der Idealtypen vermischen sich

Monarchien: Einzelne Person hat aufgrund besonderer Vorrechte oder besonderer Fähigkeiten das Amt des Staatsoberhauptes inne, Erbmonarchie oder Wahlmonarchie, in konstitutionellen Monarchien Macht des Monarchen durch eine Verfassung begrenzt, aber Exekutivmacht beim Monarchen, in parlamentarischen Monarchien sehr eingeschränkte Macht (Monarch kann Regierung nicht absetzen), meist nur repräsentative Aufgaben

Totalitarismus: Extremste Form autokratischer Staaten, beinhaltet Ideologie und Terror, gesamtes Leben der Bürger wird in den Dienst der totalitären Ideologie gestellt, staatliches Monopol im Bereich der Massenkommunikationsmittel, zentral gesteuert

ertes Wirtschaftssystem, Waffenmonopol, Geheimpolizei, Bespitzelungstaktiken

Messung des Systemtyps: Ergeben sich in einer Studie auch unter Verwendung eines Alternativindikators ähnliche substantielle Ergebnisse, spricht man davon, dass die Ergebnisse robust sind

Demokratielvariable (ACLP-Index): minimalistischste Demokratiedefinition, diskret

Vanhanen-Index: minimalistischste Demokratiedefinition, kontinuierlich

Polity IV Index: enge Demokratiedefinition, kontinuierlich

Freedom House Index: weitgehende Demokratiedefinition, kontinuierlich

Wirkung des politischen Systemtyps: demokratische Politiker grösseren Anreiz, auf Präferenzen einer grossen Anzahl von Staatsbürgern Rücksicht zu nehmen, in autokratischen Systemen werden eher Eliten durch politische Zugeständnisse und indirekte monetäre Leistungen zufriedne gestellt

Medianwähler: durchschnittlicher Wähler, in Demokratien weniger privilegiert

Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Populismus: Demokratische Politiker treffen notwendige, aber unpopuläre Entscheidungen nicht gerne, weil sie an ihrer Wiederwahl interessiert sind

Selektoratstheorie: Charakterisierung eines Systems: Selektorat bilden diejenigen Bewohner eines Landes, die ein Mitspracherecht bei der Auswahl der Regierung haben, winning Koalition der Teil des Selektorats, der einflussreich genug ist, um der Regierung politische Macht zu geben.

Demokratisierungsprozesse: Ob und weshalb Übergänge von einem System zum anderen zustandekommen

Demokratisierung: Autokratischer Staat entwickelt sich zu einem demokratischeren System

Demokratisierungswellen: Zeitraum, in dem ungewöhnlich viele autokratische Länder eine demokratische Staatsform annehmen und sich gleichzeitig nur wenige Länder hin zu einem autokratischen System wandeln

Klassifizierung: Pfad 1 - Re-Demokratisierung von militärisch besetzten, ehemals demokratischen Staaten, Pfad 2 - Re-Demokratisierung durch eine externe Besatzungsmacht, Pfad 3 - regimeinduzierte Demokratisierung (teilweise Pakt des Vergessens), Pfad 4 - Opposition ist massgeblich an der Reform des autokratischen Systems beteiligt, Pfad 5 - Zusammenbruch des alten autokratischen Systems, Pfad 6 - Revolution

Erfolgsfaktoren: Wirtschaftliche Entwicklung, Rolle von Eliten (divergierende Interessen der Eliten bzw Unterstützung der Eliten), Demokratische Institutionen (parlamentarische Demokratien höhere Chance der Konsolidierung), Nation und Staat (Konsens über Staatsgebiet und Staatsvolk), Formale Institutionen und informelle Praktiken (fehlende Rechtsstaatlichkeit Hindernis)

5 Formen demokratischer Regierungssysteme

Regierungssystem: formale Ausgestaltung und Funktionsweise eines politischen Systems, unterscheiden sich darin, wie die Macht zwischen den verschiedenen Organen des zentralen politischen Entscheidungssystems verteilt und das Verhältnis dieser Organe untereinander ausgestaltet ist

Rechtsstaat: Niemand, auch nicht die Staatsgewalt, steht über dem Ge-

setz.

Gewaltenteilung: System von Kontrollen und Gegengewichten: Politische Macht wird auf verschiedene Ämter und Staatsorgane verteilt, damit keiner der Machtträger unabhängig von den anderen handeln kann (Rechtsstaat allein genügt nicht, die Macht der Regierenden effektiv zu kontrollieren)

Horizontale Gewaltenteilung: Aufteilung der Staatsmacht zwischen den Institutionen der Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (richterliche Gewalt)

Parlamentarisches Regierungssystem: Indirekte Wahl der Regierung, Möglichkeit des Parlaments, die Regierung abzusetzen

- Parlament ist das einzige, vom Volk direkt gewählte Staatsorgan
- Exekutive geht aus dem Parlament hervor, Exekutive existiert nicht unabhängig von der Legislative
- Regierung ist dem Parlament rechenschaftspflichtig, Parlamentsmehrheit kann Regierung durch Misstrauensvotum aus dem Amt entheben
- teilweise Verschmelzung der Gewalten
- kollegialer Charakter der Regierung
- Staatsoberhaupt vor allem symbolische Funktion
- Rolle der Parteien: gut organisierte Parteien, starke Parteidisziplin
- Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative: starke Kooperation, Möglichkeit der Regierung, Gesetze einzubringen (Agenda-Setting-Macht)
- Vertrauensfrage: Wirksames Instrument der Regierung zur Durchsetzung eigener Gesetzesvorschläge (Ablehnung des Gesetzesvorschlags wird als Misstrauensvotum interpretiert und würde zu Neuwahlen führen)

Präsidentelles Regierungssystem: nicht nur Parlamentsmitglieder sondern auch der Präsident wird vom Volk gewählt

- Präsident hat eine dem Parlament ebenbürtige demokratische Legitimation
- Parlament und Präsident können sich nicht absetzen/auflösen
- Präsident innerhalb der Regierung hervorgehobene Stellung, bestimmt die Zusammensetzung seines Kabinetts
- Präsident hat in Entscheidungsfragen das letzte Wort
- Minister haben weniger Macht, sind eher Berater des Präsidenten
- symbolische Funktion als Staatsoberhaupt und tatsächliche machtpolitische Funktionen als Regierungschef fallen zusammen
- Rolle der Parteien: Bedeutung schwächer, Arbeit der einzelnen Abgeordneten steht im Mittelpunkt
- Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative: ausgeglichener, konfliktreich, es kann zu einem Patt im Entscheidungsprozess kommen

Semi-Präsidentielle Systeme: Vom Volk gewählter Präsident neben einem dem Parlament verantwortlichen Premierminister samt Kabinett, Exekutivmacht geteilt, politische Entscheidungsfindung kann schwierig werden

Deutschland: klassisches parlamentarisches Regierungssystem

Österreich: Klassifizierung umstritten, eher semi-präsidentielles Regierungssystem

Schweiz: Mischsystem, Parlament aus zwei direkt vom Volk

gewählten Kammern (Nationalrat und Ständerat), beide Kammern wählen Regierung aus sieben gleichberechtigten Bundesräten, kein Misstrauensvotum möglich, starke direktdemokratische Mitbestimmungsrechte

Konsolidierung: Empirisch parlamentarische Regierungssysteme höhere Erfolgchancen für die Konsolidierung, Probleme bei präsidentellen Systemen (Konfliktpotential, Rigidität, Allesoder-Nichts-Charakter, Potentiell intoleranter politischer Stil, populistische Kandidaten)

Vertikale Gewaltenteilung: Zuständigkeiten und Regelungsbefugnisse werden zwischen nationalen und subnationalen Staatsebenen aufgeteilt

Föderalismus: Handlungsautonomie der jeweils verantwortlichen Regierungsebene verfassungsrechtlich garantiert

- Kompetenzteilung zwischen Zentralstaat und Gliedstaaten
- demokratisch legitimierte Institutionen auf substaatlicher Ebene
- Spannungsverhältnis zwischen der nationalen und substaatlichen Ebene
- Spannungsreduktion durch zweite Parlamentskammer, geschriebene Verfassungen, starke Verfassungsgerichtsbarkeit
- Bikameralismus: zweite Parlamentskammer, in der Teilstaaten vertreten sind
- Verfassungsgerichtsbarkeit: in föderalen Staaten wichtige Rolle
- Drei Arten von Dezentralisierung: administrative, fiskalische, politische

Deutschland: Föderaler Bundesstaat durch Ewigkeitsklausel geschützt, sechzehn Bundesländer mit eigenem System, zweite Parlamentskammer (Bundesrat)

Österreich: neun Bundesländer ohne Judikative, starke Verfassungsgerichtsbarkeit, zweite Parlamentskammer (Bundesrat), wenig Kompetenzen der Bundesländer

Schweiz: Föderalismus stark ausgeprägt, zweite direkt gewählte Parlamentskammer (Ständerat), keine starke Verfassungsgerichtsbarkeit aber Referendum

Wirkung: Wahrung von Vielfalt

- Besonders bei heterogenen Staaten integrativ
- Schutz von Minderheiten, regional unterschiedliche Politik möglich
- Teilstaaten im Wettbewerb
- Mehr Ansatzpunkte zur politischen Partizipation
- Kompromiss- und Zeitbedarf für Entscheidungsfindung erhöht
- Staatstätigkeit unübersichtlicher
- Zuordnung der politischen Verantwortung schwieriger
- Grösseres Risiko für Staatsverschuldung
- Subsidiaritätsprinzip: Entscheidungsbefugnisse bei der niedrigstmöglichen Ebene

Vetospieleransatz: Auswirkungen verschiedener institutioneller Konfigurationen analysieren, je mehr Vetospieler desto schwieriger Entscheidungsfindung

Vetospieler: individuelle oder kollektive Akteure, deren Zustimmung für eine politische Entscheidung notwendig sind

Grafische Darstellung: Idealpunkt und StatusQuo-Indifferenzkurven von zwei policies für mehrere Vetospieler, Windet kann nur

in der Schnittfläche der verschiedenen Vetospieler liegen, niemand möchte eine Verschlechterung des Status Quo

6 Wahlen

Funktionen: Selektionsverfahren, durch die eine Körperschaft gebildet oder eine Person mit Führungspositionen ausgestattet werden

In autokratischen Systemen: nicht Wettbewerb um politische Systeme, sondern Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse, oft Ämterzuweisung suggeriert, Wahlprozess aber manipuliert

In demokratischen Systemen: Rekrutierung in politische Ämter, wettbewerbsorientiert, konstitutiv, Grundbedingungen: allgemein (alle Staatsbürger), gleich (jede Stimme gleich viel), frei (kein Zwang oder Behinderung), direkt (Stimme hat unmittelbaren Einfluss auf Bestellung der Mandatsträger), geheim (Wahlentscheidung des Einzelnen nicht erkennbar)

Institutionelle Merkmale von Wahlsystemen: Wahlsysteme können am leichtesten verändert werden

Wahlkreiseinteilung: Räumliche Unterteilung eines Wahlgebiets, innerhalb derer die Übertragung von Stimmen auf ein oder mehrere Mandate erfolgt, bei nur einem Mandat werden grosse Parteien systematisch bevorteilt, natürliche Sperrklausel ist der Anteil der Stimmen für ein Mandat, Wahlkreiszuschnitte sind für die Resultate entscheidend

Wahlbewerbung und: Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen, Einzelkandidatur oder Listenwahl (starr, lose, gebunden oder frei)

Stimmgebung: Wähler können eine oder mehrere Stimmen haben

Stimmverrechnung: Verfahren, durch das Wählerstimmen auf Mandate übertragen werden, Majorzregel (einfaches oder absolute Mehrheit der Stimmen in einem Wahlbezirk, restliche Stimmen gehen verloren), Proporzregel (Mandate im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen)

Wahl- und Meldepflicht: Wahlpflicht führt zu hoher Beteiligung, obligatorische Eintragung in Wählerlisten drückt Wahlbeteiligung

Mehrheitswahlsystem: stabile Mehrheiten, stabileres Regierungen, eindeutige Zuweisung der politischen Verantwortung, polarisierter Wahlkampf führt zu Identifikation

Verhältnisswahlsystem: gerechte Repräsentation, Chance für neue politische Strömungen

Geschaffene Mehrheiten: grosse Parteien werden über Gebühr bevorteilt und haben mehr Sitze als Stimmenanteil

Scheinbare Mehrheit: Zweitstärkste Partei hat absolute Mehrheit der Sitze im Parlament

Verdiente Mehrheit: Partei hat Mehrheit der Sitze und Mehrheit der Stimmen

Wähler: Alle Staatsbürger ab einem bestimmten Alter wahlberechtigt (Aktives Wahlrecht), Alle volljährigen Staatsbürger dürfen gewählt werden (Passives Wahlrecht)

Wahlverhalten: Direkte Beobachtung des Wahlverhaltens durch das geheime Wahlrecht verboten

Erklärungsmodelle: in der Wahlforschung

Soziologischer Erklärungsansatz: Wahlentscheidung kann durch Zu-

gehörigkeit zu bestimmten Gruppen erklärt werden, politische Sozialisierung wichtig

Individualpsychologischer Erklärungsansatz: individuelle Parteiidentifikation (affektive Bindung), durch langfristige Sozialisationsprozesse entwickeln sich Wahrnehmungen und Bewertungen politischer Ereignisse (funnel of causality), Kandidatenorientierung oder Sachthemenorientierung

Modell des rationalen Wählers: beschränkt sich auf kurzfristige Einflussfaktoren, Wähler entscheidet sich für jene Partei, von deren Politik er sich den grössten Vorteil verspricht, Ideologien als Orientierung, Paradoxon, dass Nichtwählen rationaler ist

Einflussfaktoren auf Partizipation: Wahlpflichtgefühl, Parteiidentifikation, Zufriedenheit mit dem System, Wahrnehmung der Problemlösungskompetenz des Systems, sozioökonomischer Status

Regierungsverhalten und Wahlzyklus: Handlungsspielraum der Regierung unmittelbar nach der Wahl am Grössten, Versuch der Regierung, die Ausgaben von den Einnahmen zu trennen, Externe Schuldzuweisung oder Aneignung von externen Leistungen

Effekte von Wahlsystemen: Unterschiedliche Wahlsysteme bilden Parteipräferenzen unterschiedlich stark ab

Verhältnisswahlrecht: stärkeres Fairnessgefühl, grössere Wahlbeteiligung, Kompetenzzuschreibung schwieriger

Merheitswahlrecht: klarere Alternativen, Stimme primär für oder gegen bestimmte Regierung, Stimmen gehen vor allem an die zwei stärksten Parteien

Zeitperspektive: Wahlentscheidung kann rückblickend (Belohnung oder Bestrafung) oder vorausschauend geschehen

Wahlkampfstrategien: Im Mehrheitswahlrecht breitere Strategie mit ideologisch neutralen Themen, im Verhältnisswahlrecht abgrenzende Strategien

Regierungsarbeit: Im Mehrheitswahlsystem bei jeder Wahl Chance auf Richtungswechsel

Politische Repräsentation: In Mehrheitswahlsystemen politische Bürger weniger gut repräsentiert

7 Direkte Demokratie

Halbdirekte Demokratie: Kombination der direkten (alle politischen Entscheidungen werden direkt vom Volk getroffen) und der repräsentativen/indirekten Demokratie

Funktion: Grundsätzlich dieselben Funktionen wie Wahlen, allerdings in Sachfragen und keine zeitliche Regelmässigkeit

Kontrollfunktion: stellt sicher, dass getroffene Entscheidung dem Willen der Volksmehrheit entsprechen

Legitimationsfunktion: gesellschaftliche Akzeptanz einer politischen Entscheidung erhöhen

Deutschland: auf Bundesebene keine direktdemokratischen Elemente, aber in einigen Bundesländern und Gemeinden

Österreich: Volksabstimmung, Volksbefragung auf Antrag des Nationalrates (rechtlich nicht bindend) mit zwei alternativen Lösungsvorschlägen für ein künftiges Gesetz, Volksbegehren

Schweiz: Alle Gesetze auf nationaler Ebene unterliegen dem dem obligatorischen oder fakultativen Referendum, auch Volksinitiative, Mehrheit der Stimmen und der Stände notwendig

Elemente Obligatorisches und fakultatives Referendum: Inkrafttreten eines Rechtsaktes verhindern

- Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens umso höher, je stärker die Oppositionsgruppe ist (Organisations-, Konfliktfähigkeit und Wählerpräferenzen)

- Politik unter Referenden von einer steten Risikoabwägung zwischen Mehrheitskoalition und Oppositionsminderheit geprägt

- Annäherung der politischen Entscheidungen am Status Quo, Reform- und Veränderungstendenzen werden benachteiligt

- Unter vollständiger Information würde es nie zu fakultativen Referenden kommen

- Innovationshemmende Wirkung

- Integrationswirkung

Regierungsreferendum: kann nur durch Regierungsparteien, Regierung oder einzelne Regierungsvertreter ausgelöst werden

- Kein Instrument der Opposition

- Vergewisserung der öffentlichen Unterstützung für eine bestimmte politische Agenda

- Spannungen innerhalb der Regierungspartei oder -koalition überwinden

- Niederlage bedeutet Legitimationsverlust, Sieg Legitimationsgewinn

Volksinitiative: Fordert die Inkraftsetzung eines bestimmten Rechtsaktes

- Direkte Durchsetzung einer Forderung gegenüber den Behörden (Legale Revolution)

- Indirekter Erfolg bei den Behörden (Schwunggeber und Verhandlungspfad)

- Mobilisierung neuer politischer Tendenzen und Themen

- Interne Mobilisierung und Selbstinszenierung (Wahlhelfer)

- Entscheidung für das Lancieren Abwägung zwischen Erfolgswahrscheinlichkeit und Innovationsgehalt

Österreichisches Volksbegehren: Sehr kurze Sammelzeit, zustande gekommenes Volksbegehren wird nicht automatisch vor das Volk gebracht

Verhalten von Stimmberechtigten: Abstimmungsteilnahme variiert stärker als Wahlteilnahme

Sozial-struktureller Ansatz: Inhalt der Abstimmung mobilisiert bestimmte Bevölkerungsschichten und Gruppen, je prominenter die gesellschaftliche Konfliktlinie desto höher die Abstimmungsteilnahme

Sozial-psychologischer Ansatz: Problemorientierung, je deutlicher Abstimmungsthema Parteien und Interessengruppen trennt, desto höher die Abstimmungsteilnahme

Ökonomischer Ansatz: Zur Wahl stehende Alternativen werden vor dem Hintergrund des eigenen Interesses abgewägt und die Alternative mit dem grössten Nutzen gewählt

Verhalten der Politiker: Referendum soll Profil schärfen, muss stark polarisieren, wichtiges Problem ansprechen und den Wählern vertraut sein, auch Referenden und Initiativen des Gegners können genutzt werden

8 Parteien und Parteiensysteme

Parteien auf Dauer angelegte organisierte Zusammenschlüsse gleichsinniger Staatsbürger zur Förderung gemeinsamer politischer Anliegen.

Definition Nehmen zu allen wichtigen Sachfragen anhand einer allgemeinen politischen Programmatik Stellung, abstrakte Ziele

vote seeking Teilnahme an Wahlen, politische Verantwortung

policy seeking Beeinflussen direkt und indirekt die politische Gestaltung

office seeking Streben politische Ämter an

Funktionen für demokratischen Prozess unabdingbar

Bindeglied- und Netzwerkfunktion horizontal mit anderen Parteien und Interessengruppen und vertikal von regionalen Gruppierungen bis zur nationalen Partei

Interessensvertretungsfunktion Einspeisung gesellschaftlicher Interessen ins politische System

Legitimationsfunktion Im Parlament getroffene politische Entscheidungen der Gesellschaft vermitteln

Personalrekrutierungsfunktion Rekrutierung, Ausbildung und Vermittlung von politischem Führungspersonal

Kontrollfunktion Parteien kontrollieren sich gegenseitig in der Machtausübung

Klassifikation bezieht sich vor allem auf organisatorische oder programmatische Erscheinungsform

Honoratiorenpartei ursprüngliche Form, Parlamentarier in locker verbundenen Gruppierungen

Massenpartei von einer Massenbasis getragen (Arbeiterpartei, Bauernpartei), Effektivität über Anzahl Mitglieder

Absolutistische Massenintegrationspartei vollständige Dominanz der Partei über politische und private Aktivitäten ihrer Mitglieder (kommunistische, faschistische)

Demokratische Massenintegrationspartei gewährt dem Bürger Freiheit

Kaderpartei Effektivität über Auslese von Aktivisten

Catch-All-Party Hinderliche programmatische Konzentrationen werden aufgeweicht, um Klientelgruppen auszuweiten

Kartellpartei Bindung zwischen Partei und Mitgliedern verliert noch weiter an Bedeutung

Position Messung der programmatischen Position von Parteien

Parteienfamilien Liberale Parteien (gegen altes Regime), Konservative Parteien (für das alte Regime), Arbeiterparteien (gegen bürgerliches System), Agrarparteien (gegen Industrialisierung), Regionale Parteien (gegen Zentralismus), Christliche Parteien (gegen Säkularisierung), Kommunistische Parteien (gegen Sozialdemokratismus), Faschistische Parteien (gegen demokratisches System), Rechtspopulistische Parteien (gegen bürokratisch-wohlfahrtsstaatliches System), Ökologische Parteien (gegen Wachstumsgesellschaft)

Rechts-Links-Skala Rechte Positionen fordern weniger Staat und mehr individuelle Selbstgestaltung, linke Positionen stehen für einen Ausbau oder Erhalt des Wohlfahrtsstaates

A priori Einschätzungen Ordnet eine Partei anhand programmatischer Ausrichtung und Zugehörigkeit zu einer Parteifamilie auf dem Links-Rechts-Kontinuum ein

Sekundäranalysen Parteien durch Sekundäranalyse von Literatur auf einer Rechts-Links-Skala positionieren

Demoskopie Repräsentative Umfragen bestimmen Wahrnehmung der politischen Position von Parteien in der Bevölkerung

Elitenbefragungen Parteieliten werden nach ihrer ideologischen Positionierung befragt

Expertenbefragungen nationale, regionale oder internationale Experten werden befragt

Inhaltsanalysen von Parteiprogrammen

Abstimmungen Abstimmungsverhalten der Abgeordneten wird analysiert

Parteiensysteme als abhängige oder unabhängige Variable

Klassifikation Anzahl Parteien (Zweiparteiensysteme, Zweieinhalbparteiensysteme, Multiparteiensysteme mit oder ohne dominante Partei), Fragmentierungsgrad (wenig fragmentierte Systeme gelten als stabiler), Parteien mit Koalitionspotential, Parteien mit Erpressungspotential, Rae-Index (Wahrscheinlichkeit, dass zwei Abgeordnete zur gleichen Partei gehören)

Struktur und Dynamik unterschiedlicher Parteiensysteme

Dominanzsystem Eine Partei dominiert Parteiensystem und stellt Regierungsmehrheit

Zweiparteiensystem Zwei grosse Parteien sind zur Regierungsbildung nicht auf Koalitionspartner angewiesen, bei jeder Wahl Möglichkeit eines Regierungswechsels

Gemässiger Pluralismus Drei bis fünf relevante Parteien mit geringer ideologischer Distanz (koalitionsfähig)

Polarisierter Pluralismus sechs oder mehr Parteien, Existenz von Antisystemparteien mit Oppositionstaktik, vom zentripetalen (nach innen) zum zentrifugalen (nach aussen) Parteienwettbewerb

Sartori Graphische Darstellung nach Anzahl relevanten Parteien und ideologischer Distanz

Entstehung soziostrukturelle Erklärung

Cleavages historisches Entwicklungsmodell gesellschaftlicher Konfliktlinien, Konfliktlinien zum Zeitpunkt der Nationenbildung entscheidend für Entstehung des Parteiensystems, Politische Modernisierung > kulturelle Konflikte (Kirche/Staat, Zentrum/Peripherie), Wirtschaftliche und soziale Modernisierung > materielle Konflikte (Stadt/Land, Arbeitgeber, Arbeitnehmer)

Drei Konfliktlinien Erste Konfliktlinie: Reformation, zweite Konfliktlinie: nationale Revolution, dritte Konfliktlinie: industrielle Revolution

Parteien heute professionelle Massenorganisationen mit detaillierten Informationen über Gesellschaft, agieren strategisch um ihren politischen Einfluss zu maximieren

Auswirkungen Fragmentiertes Parteiensystem führt zu erhöhter Wechselwählerschaft, Fragmentierungsgrad entscheidend für unterschiedliches Parteien- und Koalitionsverhalten

9 Interessengruppen und soziale Bewegungen

Interessengruppen Wichtiges Bindeglied zwischen Bürgern und Institutionen des Staates

Definition Vereinigung von Einzelpersonen oder Körperschaften mit dem Ziel, politische Prozesse und Entscheidungen so zu beeinflussen, dass diese ihren Interessen entsprechen. Sie beeinflussen politische Willensbildung und Entscheidungsfindung durch Mitwirkung und Einwirkung auf Regierung, Parlament, Verwaltung, Parteien und Öffentlichkeit. Nach innen werden gewisse Dienstleistungen produziert.

Handlungsrepertoire Beeinflussung durch Überzeugung und Überredung, Verbandsfärbung durch Platzierung von Verbandsvertretern, Einspeisung von Informationen in den Entscheidungsprozess, finanzielle Zuwendungen, Vergabe von Verbandsämtern an Politiker, Mobilisierung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung, Lancierung von Initiativen und Referenden

Klassifikation Unterscheidung von materiellen und ideellen Interessen, Organisationsstruktur (Mitgliederverbände, Dachverbände), Tätigkeitsbereich

Organisationsfähigkeit Theorie des kollektiven Handelns: Einfluss von Interessengruppen hängt ab von Organisierbarkeit (Fähigkeit, eine Gruppe von Personen sowie Finanzen und Infrastruktur zur Verfolgung konkreter Ziele zu mobilisieren) und Konfliktfähigkeit (Fähigkeit, politische Entscheidungsträger und andere Interessengruppen zu beeinflussen durch Kostenandrohung oder Nutzenversprechung), Trittbrettfahrer als Problem (nimmt mit Grösse der Gruppe zu), Mitgliederzahl als Signal an Nicht-Mitglieder

Gewerkschaften wichtigste Merkmale der Beziehung zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft aus Anfangsphase der Industrialisierung, damals vorherrschende politisch-kulturelle Konfliktlinien werden reflektiert

Pluralismus Unzählige Interessengruppen konkurrieren um politischen Einfluss, politische Entscheidungsträger als Schiedsrichter mit Eigeninteressen, alle Interessengruppen haben gleiche Chancen beim Zugang

Korporalismus Beziehung zwischen Interessengruppen und Staat stärker institutionalisiert, nur wenige privilegierte Interessengruppen besitzen ein Vertretungsmonopol, z.B. Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und dem Staat

Soziale Bewegungen entstehen aufgrund einer spezifischen gesellschaftlichen Problemlage, umfassen und vernetzen eine relativ grosse Gruppe von Menschen mit konfliktiver Haltung gegenüber anderen Akteuren, organisatorische Strukturen sind dezentralisierter, weniger hierarchisch, partizipativer, flexibler und kurzlebiger als bei Parteien und Interessengruppen

Einfluss auf politische Entscheidungen mittels Protest und Information vor allem über Öffentlichkeit

Handlungsrepertoire Traditionelle politische Mittel (Versamm-

lungen, Demonstrationen, Petitionen, Streiks), unkonventionelle Mittel (passiver Widerstand gegen Staatsgewalt, Verkehrsblockaden, Häuserbesetzungen, Gewalt gegen Sachen und Personen)

Themen Von der politischen und wirtschaftlichen Elite bisher vernachlässigte oder verdrängte Themenfelder, tendenziell linke politische Wertvorstellungen

Phasen Thematisierung eines Problems, Herausbildung einer Führerschaft, öffentlichkeitswirksame Handlungen, Etablierung, Auflösung

Entstehung und Erfolg Ausmass der Unzufriedenheit mit dem Status quo, gruppeninhärente Organisationfähigkeit (Theorie des kollektiven Handelns, Ressourcenmobilisierungstheorie), gruppenexterne Rahmenbedingungen (politische Opportunitätsstrukturen)

Status, Dynamik, Valenz, Identifikation

Rudeljournalismus Leitmedien selektieren und thematisieren, werden von anderen Medien repliziert

Unsicherheitsquelle Massenmedien als Unsicherheitsquelle im politischen Prozess

Öffentlichkeitsstrategien Agenda der Massenmedien gezielt und von diesen weitgehend unbemerkt bestimmen

Themenmanagement Besetzen, Prägen und Umdeuten von Begriffen, Gebrauch von einprägsamen Slogans, Ritualen und wertbesetzten Schlüsselsymbolen

Symbolische Politik politisch-strategisches Handeln unter bewusster Verwendung symbolischer Mittel und der Reduktion komplexer Sachverhalte auf politische Fundamentalternativen

Wahlkampfkommunikation innerhalb rechtlicher Rahmenbedingungen, Medien als Schleusenwächter, prämodern (direkte, interpersonelle Kommunikation, kurzfristig und lokal geplant), modern (zentral von der Parteiführung koordiniert, externe professionelle Wahlkampfberater), postmodern (Vielzahl unterschiedlicher Berater, nationale Planung, dezentrale Durchführung, permanenter Wahlkampf)

10 Massenmedien

Massenkommunikation Verbreitung symbolischer Inhalte durch spezialisierte soziale Gruppen (Kommunikatoren) mittels technischer Systeme (Medien) an ein grosses heterogenes und weit verstreutes Publikum (Rezipienten)

Verhältnis zum politischen System Lockerung der Parteienidentifikation zwingt Regierung und Parteien dazu, Zustimmung über die Massenmedien zu suchen

1. **Medienallmacht** Stimulus-Response-Modell, pessimistische Persönlichkeitstheorien (bis 1940)

2. **Medienohnmacht** Modell der zweistufigen Kommunikation, Meinungsführer als Knotenpunkte im Kommunikationssystem, Theorie der kognitiven Dissonanz, Informationsquellen werden selektive ausgewählt, wahrgenommen und gespeichert (bis 1970)

3. **Selektive Medienwirkung** Wirkung der Medien abhängig von Art der Botschaft, Medium, Art der Präsentation, bestehenden Weltanschauungen, politischen Interessen, zeitlichen Umständen > kontextabhängig (heute)

Agenda-Setting-Theorie Medien vermitteln Meinungsgegenstand, öffentliche Agenda (Medienrealität)

Wissenskluft-Hypothese Wissensstand trotz Massenmedien tief, Kluft zwischen schlecht und gut Informierten nimmt zu

Politische Funktion Gruppe der intermediären Akteure

Informations- und Bildungsfunktion Bereitstellung von Fakten-, Zusammenhangs- und Orientierungswissen, Schaffung von Transparenz, Befähigung des Einzelnen zur Partizipation am demokratischen Prozess

Artikulationsfunktion Forum für den politischen Meinungsaustausch

Kritik- und Kontrollfunktion Sach- und Personalentscheide hinterfragen, politischen Stil kritisieren, Missstände aufdecken

Logik Chefredakteure und Verleger ziehen Nutzen aus Unternehmensgewinn (Lohn) und Reputation ihres Mediums, wollen Einnahmen aus dem Werbemarkt maximieren, für möglichst viele, werbewirtschaftlich lukrative Konsumenten ein interessantes und attraktives Produkt zu möglichst geringen Kosten produzieren

Nachrichtenfaktoren Zeit, Nähe (räumlich, politisch, kulturell),

11 Die Legislative

Definition Versammlung der gesetzgebenden Staatsgewalt, Ursprung in den ständischen Vertretungen des Mittelalters

Funktionen vom Umfeld abhängig

Repräsentation Volksvertretung, Bindeglied zwischen Bürgern und Regierung, Kontinuum zwischen imperativem Mandat und freiem Mandat, Legitimation (für getroffene Lösungen in der Öffentlichkeit werben)

Kontrolle Legislative kontrolliert agenda setting power der Regierung, in präsidentellen Systemen ist Exekutive und Legislative unabhängig, in parlamentarischen Systemen ist die Regierung jederzeit abwählbar, Kontrollfunktion in parlamentarischen Systemen vor allem durch Opposition

Gesetzgebung In parlamentarischen Demokratien durch Exekutive initiiert und in Legislative beraten und beschlossen, Opposition kritisisiert und schlägt alternative Lösungen vor, in präsidentellen Systemen werden Gesetze von der Legislative eingebracht, Präsident muss Gesetzesinitiative befürworten

Wahlfunktion Parlament besetzt wichtige Staatsämter, je nach System

Bikameralismus Politische Entscheidungen sollen durch eine zweite Kammer bessere Qualität erhalten, Sicherung von Minderheiteninteressen (durch systematische Vertretung von Statusgruppen, regionalen Einheiten oder ethnischen Gruppen), zweite Kammer meist kleiner, Amtszeit oft länger

Charakteristika Zweite Kammer meist weniger politische Rechte als erste Kammer, Kammern oft inhaltlich nicht kongruent, Charakterisierung aufgrund von Symmetrie und Kongruenz

Deutschland Bundestag (erste Kammer), Bundesrat (zweite Kammer) muss bei wichtigen Gesetzen zustimmen, bei anderen Einspruch erheben

Österreich Nationalrat (erste Kammer), Bundesrat (zweite Kammer),

Kompetenzen sehr ungleich verteilt > unechtes Zweikammersystem, Bundesrat nur aufschiebendes Veto

Schweiz Nationalrat (erste Kammer), Ständerat (zweite Kammer), zusammen vereinigte Bundesversammlung, Mitteparteien im Ständerat stärker vertreten

Europa Drei Kammern an der Gesetzgebung beteiligt, Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Rat der Europäischen Union

Zweite Kammer im Gesetzgebungsprozess

Statisch Graphische Darstellung der Kammern mit Idealpunkten und indifferenten Präferenzkreisen, Schnittpunkte als Verhandlungsspielraum

Dynamisch Parlamentskammern bevorzugen eine schnelle Einigung gegenüber einem langwierigen Verhandlungsprozess > Konzessionen

Gesetzgebungsprozess Drei Verfahren: System der institutionellen Gewaltenschränkung, System der institutionellen Gewaltenteilung, System der direkten Demokratie

Parlamentarische Systeme Gesetzesentwurf durch Regierung vorbereitet und ins Parlament eingebracht, oft erste Lesung, dann Überarbeitung und zweite Lesung, für gültige Beschlüsse muss Anwesenheitsquorum (Beschlussfähigkeit) und Beschlussquorum (Notwendiger Stimmenanteil) erfüllt sein, Publikation vor Inkrafttretung (Rechtsstaat!)

Präsidentelle Systeme Grössere Rolle der Legislative, spezielle Ausschüsse beraten Gesetzesvorlagen, Gesetzesinitiative von der Legislative (Kongress), Exekutive muss unterstützen oder Veto einlegen

Agenda-Setter Abstimmungsreihenfolge relevant für Resultat, deshalb Macht des Agenda-Setters, Charakterisierung nach Anzahl potenzieller Agenda-Setter und prozeduralen Rechten des Agenda-Setters

12 Regierung und Verwaltung

Regierung derjenige Teil der vormalig absolutistischen Monarchien, der nach Abtrennung legislativer und richterlicher Aufgaben übrig geblieben ist

Monokratische Form Einzelperson Träger der Exekutivgewalt, Präsident, Staatsoberhaupt mit Repräsentation nach innen und aussen, Minister als Leiter von Fachressorts)

Kollegialregierung alle wichtigen Entscheidungen von den Regierungsmitgliedern gemeinsam nach dem Mehrheitsprinzip gefällt, gegenseitige Kontrolle, Mitglieder gleichgestellt

Kabinetregierung Kombination der beiden Extremformen bestehend aus Kollegium aller Minister mit administrativem Weisungsrecht unter Vorsitz eines Premierministers, Ministerpräsident oder Bundeskanzlers und getrennt davon ein Staatsoberhaupt mit primär repräsentativen Funktionen in Form eines Staatspräsidenten oder Monarchen

Klassifizierung entlang der beiden Dimensionen Mehrheits- und Minderheitsregierungen bzw. Einparteien- und Koalitionsregierungen

Konstitution Im präsidentellen System direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch die Stimmberechtigten, in parlamentari-

schen Systemen Regierung vom Parlament gewählt

Stellung Unterschiedliche Stellung der Regierung in parlamentarischen Systemen, verschiedene Kriterien: Unvereinbarkeitsregel (untersagt Kombination von Regierungs- und Parteimitgliedschaft), Recht des Parlaments zur Auflösung der Regierung, institutionelle Struktur der Vertrauensfrage

Verwaltung Vollzug der Vorschriften

Modelle Französisches Modell (Leistungsfähigkeit und technische Expertise wichtigste Kriterien bei der Rekrutierung der französischen Beamten), Deutsches Modell (Gehorsamkeit, Effizienz, Arbeitsamkeit), Angelsächsisches Modell (Lange Tradition der lokalen Selbstverwaltung, stark dezentralisierter Verwaltungsstruktur)

Vergleich der Modelle Charakterisierung anhand Dezentralisierungsgrad und Art des Gesetzesvollzugs, Folgen dezentralisierter Verwaltung (bessere Berücksichtigung regionaler Unterschiede, reduziert Kosten für Verwaltungsgänge, erhöht Zufriedenheit, mehr Wettbewerb), Folgen zentralisierter Verwaltung (Skaleneffekte, aber auch Koordinationskosten), insgesamt Dezentralisierungstendenz

Stellung Verwaltung der Regierung unterstellt, aber politisch nicht haftbare Beamte treffen in zunehmendem Ausmass politische Entscheidungen, Möglichkeiten zur Beeinflussung der Politik (Nutzung des administrativen Handlungsspielraums, Informelle Beeinflussung des Parlaments über die Öffentlichkeit, Beratungsfunktion)

Funktionen Um- und Durchsetzung von Erlassen des Gesetzgebers und der Politik der Regierung, Dienstleistung, Regulierung und Lizenzierung, Informationsbeschaffung und -analyse

Deutschland Bundesregierung (Bundeskanzler und Bundesminister) vom Bundestag gewählt, Bundespräsident (repräsentative Aufgaben) von der Bundesversammlung (Mitglieder des Deutschen Bundestags und gleiche Zahl gekorene Mitglieder) gewählt, Handlungsspielraum der Regierung durch föderale Staatstruktur und Bundesverfassungsgericht eingeschränkt

Kabinettsprinzip Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung müssen unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers in Anwesenheit aller Minister debattiert und verabschiedet werden (Mehrheitsbeschluss)

Ressortprinzip Führung der einzelnen Ministerien unterliegt allein dem jeweiligen Minister

Kanzlerprinzip Bundeskanzler hat Weisungsrecht und Richtlinienkompetenz

Österreich Semi-präsidentielle Verfassung und Arbeitsweise eines parlamentarischen Systems, Bundespräsident direkt vom Volk gewählt (kann Nationalrat auf Antrag der Bundesregierung auflösen), Bundesregierung vom Parlament gewählt, Bundeskanzler vom Bundespräsident ernannt (kann gesamte Regierung entlassen), Kabinetts- und Ressortprinzip

Schweiz Mischform aus parlamentarischem und präsidentellem System, Bundesrat (Regierung und Staatsoberhaupt) von der Bundesversammlung gewählt, Bundespräsident (Primus inter pares) von der Bundesversammlung gewählt, Kabinetts- und Ressortprinzip bzw. Kollegialitäts- und Departementsprinzip, Bundesräte haben Mitspracherecht in den anderen Departementen, Bundeskanzlei

unterstützt Bundesrat bei Planung, Strategie, Kommunikation und Information

EU Europäischer Rat (Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten), Rat der Europäischen Union / Ministerrat (Fachminister der einzelnen Mitgliedsstaaten), Europäische Kommission (27 Kommissare der EU und nicht den Mitgliedsländern verpflichtet)

Handlungskapazität Koalitionstheorie: Welche der möglichen Koalitionsregierungen wird entstehen?

Minimale Gewinnkoalition Regierungskoalitionen aus nur gerade so vielen Parteien wie notwendig für Parlamentsmehrheit

Koalition der minimalen Grösse Kleinstmögliche Mehrheit

Koalition der geringsten Parteienzahl ...

Koalition der minimalen ideologischen Spannweite Parteien mit grössten ideologischen und programmatischen Berührungspunkten

Minimal verbundene Gewinnkoalition Ideologische Verbundenheit maximieren, unnötige Koalitionspartner vermeiden

Policy-mögliche Koalition Wie minimale Gewinnkoalition mit Medianpartei

Minderheitsregierungen Partei kann sich gegen angebotene Regierungsmitgliedschaft entscheiden und Oppositionsrolle wählen

Übergrosse Koalitionsregierungen Parteien wollen gleich viele Koalitionsparteien links und rechts von ihnen

Theorien der öffentlichen Verwaltung Verwaltung wird analysiert

Bürokratiethorie (Weber) Jede Form sozialer Ordnung setzt Ausübung von Herrschaft (Möglichkeit für einen Befehl Gehorsam zu finden) voraus, in modernen Gesellschaften setzt sich die effizienteste Herrschaftsform durch. Bürokratie ist die rationalste und effizienteste Form der Herrschaftsausübung, im Rechtsstaat universell einsetzbar, schützt vor staatlicher Willkür, und erhöht Handlungssicherheit der Beteiligten, hängt nicht von Fähigkeit und Leistung einer einzelnen Person ab

Bürokratiethorie (Niskanen) Beamten an der Erhöhung ihres eigenen Nutzens (Gehalt, Ansehen, Konfliktfreiheit, indirektes Einkommen) interessiert, deshalb wollen leitende Beamte ihr Budget maximieren, Preise für öffentliche Güter wegen Monopolstellung der Verwaltung höher als Marktpreis

Kontrollmechanismen Leitende Ämter politisch besetzen, New Public Management (präzise Leistungskriterien und Leistungsbeurteilung, Anstellungsbedingungen an privaten Markt angleichen, Wettbewerb ermöglichen)

Qualität Weltbankindex zur Wirksamkeit von Regierungen und Verwaltungen, misst Qualität von Dienstleistungen der Verwaltung und Unabhängigkeit der Verwaltung

Korruption Korruptionsindex von Transparency International zur Messung von Korruption (Bestechung, Bestechlichkeit, unrechtmässige Vorteilmahme, Vorteilsgewährung)

13 Die Judikative

Judikative Rechtsprechung, interpretiert das bestehende Recht und trifft Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten

Legalitätsprinzip Niemand (auch nicht Staatsgewalt) steht im Rechts-

staat über dem Gesetz, materieller Rechtsstaat umfasst formelle und materielle Elemente

Formelle Elemente Prozesse und Institutionen

Materielle Elemente Grundrechte (Fundamentale Rechte des Einzelnen oder sozialer Gruppe gegenüber dem Staat, sowie gegenüber anderen Menschen oder Organisationen)

Grundrechte Menschenrechte (stehen allen zu) und Bürgerrechte (an Staatsangehörigkeit gebunden) inklusive politische Rechte

Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Rechtsstaat, institutionelle und materielle Instrumente, um einer Diktatur der Mehrheit vorzubeugen und Minderheiten zu schützen, in verschiedenen Ländern unterschiedliche Gewichtungen von Mehrheitsprinzip und Legalitätsprinzip

Verfassungen enthalten Meta-Normen (Prinzipien, Normen und Regeln, die festlegen, wie alle anderen rechtlichen Normen produziert, angewendet, durchgesetzt und interpretiert werden müssen), territoriale, institutionelle und verfahrensbezogene Ausgestaltung des Staatswesens, Verfassungen als ultimative, formelle Quelle staatlicher Autorität

Neuer Konstitutionalismus geschriebene Verfassung mit Grundrechten und Verfassungsgerichtsbarkeit zum Schutze dieser Rechte

Verfassungsgerichtsbarkeit Wer prüft Verfassungskonformität des untergeordneten Rechts?

constitutional court European model, institutionell selbstständiges Verfassungsgericht

constitutional judicial review American Model, oberstes ordentliches Gericht such für verfassungsrechtliche Angelegenheiten zuständig (z.B. Bundesgericht in der Schweiz)

selbstständige Verfassungsgerichtsbarkeit staatlicher Erlass kann ohne Zusammenhang mit einem konkreten Anwendungsfall durch ein Gericht auf seine Verfassungskonformität geprüft werden, Anfechtungsobjekt ist der Rechtserlass selbst, darf bei Verfassungswidrigkeit nicht in Kraft gesetzt werden (präventive Normenkontrolle) oder muss aufgehoben werden (repressive Normenkontrolle), Gericht als negativer Gesetzgeber

unselbstständige Verfassungsgerichtsbarkeit Rechtssatz anlässlich der Anfechtung eines darauf gestützten Rechtsaktes auf seine Verfassungskonformität überprüft

Konzentriertes System nur ein einziges Gericht ist befugt, Erlasse auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung zu überprüfen

Diffuses System Alle Gerichte berechtigt oder verpflichtet, Vereinbarkeit von Rechtsnormen mit der Verfassung zu überprüfen, verfassungswidrige Normen werden nicht aufgehoben, sondern im konkret zu beurteilenden Fall nicht angewendet

Richterliche Unabhängigkeit Gerichte in Bezug auf ihre Rechtssprechungsfunktion nur an das Recht gebunden, unparteiisch im Verhältnis zu anderen Staatsorganen, gesellschaftlichen Akteuren und Prozessparteien, sichergestellt durch Unvereinbarkeitsbestimmungen, spezifische Wahlmodi, Regelungen zur Amtsdauer

Deutschland Bundesverfassungsgericht mit Sitz in Karlsruhe, Grundrechtssenat für Normenkontrolle und Verfassungs-

beschwerden im Grundrechtsbereich, Staatsrechtssenat für staatsrechtliche Beschwerden und Verfassungsbeschwerden gegen Behörden und Gerichte. Selbstständige, konzentrierte Verfassungsgerichtsbarkeit

Österreich Verfassungsgerichtshof mit Sitz in Wien, Kontrolle des Gesetzgebers, Kontrolle von Behörden und Gerichten, Entscheidungen in Verfassungsstreitigkeiten zwischen staatlichen Organen, Entscheidungen bei Beschwerden im Zusammenhang mit Wahlprüfungen, Verletzungen des Völkerrechts und Anklagen gegen die obersten Staatsorgane. Selbstständige, konzentrierte Verfassungsgerichtsbarkeit

Schweiz Bundesgericht mit Sitz in Lausanne, Bundesrichter durch vereinigte Bundesversammlung gewählt, Beschwerden in Bezug auf eine Verletzung verfassungsmässiger Rechte, Gemeindeautonomie, öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen Bund und Kantonen oder zwischen Kantonen, Bundesgesetze und Initiativen von einer Überprüfung auf ihre Verfassungskonformität ausgenommen. Unselbstständige, diffuse Verfassungsgerichtsbarkeit

EU Europäischer Gerichtshof mit Sitz in Luxemburg, oberstes Gericht der EU, Rechtsstreitigkeiten zwischen Mitgliedsstaaten, EU-Organen, Unternehmen und Privatpersonen, ein Richter pro Mitgliedsstaat, Vorabentscheidungsersuche, Vertragsverletzungsklagen, Nichtigkeitsklagen, Untätigkeitsklagen, Schadenersatzklagen

Politischer Einfluss Verfassungsgerichte als eigenständige und strategisch handelnde Akteure mit eigenen Interessen und politischen Präferenzen, räumliches Modell zur Darstellung (symmetrische und ein-gipflige Präferenzen in einem eindimensionalen politischen Raum, Verfassungsgericht muss Parlament, Regierung und Status Quo berücksichtigen.)

Messbarkeit Politischer Einfluss von Verfassungsgerichten, Verschiedene Indizes, Ergebnisse korrelieren stark: Lijphart (Länder werden aufgrund vom Ausmass der richterlichen Aktivität und der Existenz eines formellen Verfassungsgericht in 4 Kategorien eingeteilt), Alivizatos (4 Kategorien aus politischer Aktivität des Gerichts und Konzentration des Verfassungsgerichts), Cooter (Expertenbefragung und Entstehung des Haftpflichtrecht), Stärke der Verfassungsgerichtsbarkeit muss nicht zwingend mit der Organisationsform korrelieren

Stärke der Verfassungsgerichtsbarkeit

Erklärungsfaktoren Fragmentierungsgrad politischer Systeme (hohe Fragmentierung gibt dem Verfassungsgericht mehr Macht), vertikale Gewaltenteilung (föderalistische Staaten haben stärkere Verfassungsgerichte), Rigidität der Verfassung (Schwierigkeit einer Verfassungsrevision hat einen positiven Zusammenhang mit der Stärke des politischen Einflusses der Verfassungsgerichtsbarkeit)

ex ante Gesetzgeber hat ein Interesse daran, die Verfassungswidrigkeit eines neuen Gesetzes auszuschliessen, ehe er die mit seiner Inkraftsetzung verbundenen Kosten auf sich nimmt

Einfluss des EuGH Erklärungsfaktoren des grossen politischen Einflusses des EuGH: Rechtlicher Formalismus und Kultur, Strategisches Verhalten des EuGH (Interesse an einer Stärkung seiner Position), Strategisches Verhalten nationaler Gerichte (bei starkem Einfluss des EuGH wird die

Position der nationalen Gerichte gestärkt), Transnationales Interesse privater Akteure (Kosten einer Klage gering, ermöglichen auch schwach organisierten Interessengruppen Einfluss), Strategisches Verhalten nationaler Regierungen (bewusst gewählte Strategie)

14 Internationale Beziehungen

Interantionale Politik Gesamtheit aller Interaktionen, die auf die autoritative (kooperative oder nicht-kooperative) Verteilung von (materiellen oder nicht-materiellen) Werten jenseits staatlicher Grenzen gerichtet sind

Grundstrukturen Im Westfälischen Frieden verpflichten sich die wichtigsten europäischen Staaten, die uneingeschränkte politische Autorität von Herrschern, bzw dem Souverän innerhalb ihres jeweiligen Staatsgebietes anzuerkennen, quasi-Staaten werden als Sanierungsfälle betrachtet, völkerrechtliche Normen gelten für alle, anarchischer Charakter des internationalen Systems (keine übergeordnete Instanz)

Herausforderungen Sicherheit kein Gewaltmonopol im internationalen System, Sicherheit durch eigenständige Massnahmen der Staaten und Abkommen gewährleistet, Gefahr von Rüstungswettläufen, auch grenzüberschreitende nicht-staatliche Gewalt

Wohlstand Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitspolitik, Einwanderungspolitik, Protektionismus, Marktliberalisierung, Währungs- und Finanzmarktkrisen...

Freiheit Selbstbestimmungschancen der Individuen, grundlegende und universal gültige Menschenrechte finden und durchsetzen, Asylrecht, Einwanderungsrecht, Auslieferungsrecht, Familienzusammenführung...

Theorie Theorienpluralismus, Theorien als Ausgangspunkt für die Entwicklung von Hypothesen

Liberalismus Internationale Kooperation gegenseitig gewinnbringend, Freihandel fördert friedliches Zusammenleben, Augenmerk auf nicht-staatliche Akteure

Realismus Streben nach Macht in der Natur des Menschen, Staaten wollen Macht maximieren, internationale Organisationen und Kooperation selten und schwach

Marxismus Ökonomische Bedingungen prägen das Verhalten von Staaten und anderen Akteuren im internationalen System, Verteilungskonflikte als Kriegersachen, Industrieländer integrieren Entwicklungsländer in das Weltwirtschaftssystem, um sie auszubeuten (Dependenztheorie)

Konstruktivismus Politische Wirklichkeit durch kommunikative und physische Interaktion konstruiert, Erforschung der Wirkungsmacht von Ideen und Normen, Klärung der Grundstrukturen und Grundannahmen des Seienden (Ontologie), Gewinnung von theoretischen und empirischen Erkenntnissen bei bestimmten Formen der Beweisführung (Epistemologie), vorwiegend hermeneutische Analysen, Metatheorie

Analyseebenen Individuum, Regierung, Gesellschaft, zwischenstaatliche Ebene, Weltssystem

Kriege Weit reichende, organisierte Gewalt zwischen politisch geprägten Gruppen

Charakterisierung der politischen Gewalt nach Akteur (Staat, nicht-staatlich) und Ziel (Staat, nicht-staatlich)

Kriegersachen monokausale Erklärungen greifen zu kurz

Internationale Kooperation Internationales System immer stärker durch tausende von internationalen Verträgen und Organisationen geprägt, nur noch begrenzt anarchisch, Realismus (Gefangenen-Dilemma), Liberalismus (strikte Reziprozität und Informationsaustausch wichtig),

Europäische Integration weltweit einzigartiger Versuch, anarchische Strukturen des internationalen Systems und die damit verbundenen Probleme zu überwinden

Intergouvernementalismus Nationalstaaten als treibende Kraft der Europäischen Integration

Realer Intergouvernementalismus EI vorwiegend von Macht und Interessenpolitik geprägt

Liberaler Intergouvernementalismus Analyse des Einflusses innerstaatlicher Interessengruppen

Supranationalismus Eigendynamik ausserhalb der direkten Kontrolle der Staaten, transaktionalistische Argumente (soziale und wirtschaftliche Interaktionen führen zu Integration, funktionalistische Argumente (Integrationschritte in einem Politikbereich führen zu spill-over Effekten in anderen Bereichen), konstruktivistische Argumente (Wirkungsmacht von Ideen, Normen, Identitäten)

15 Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung

Definition Prozess der Verdichtung von ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen über Landesgrenzen hinweg

Messbarkeit Messung der ökonomischen Aspekte (wirtschaftliche Globalisierung) durch grenzüberschreitende Waren- und Dienstleistungsströme (Anteil am BIP), grenzüberschreitende Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen

Ursachen Unspezifische Faktoren (technologische Innovationen), Charakteristika einzelner Staaten, interdependentes Verhalten

Auswirkungen der Globalisierung

Wahrscheinlichkeit von Kriegen Opportunitätskosten eines Krieges steigen mit der Intensität der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen, Waren-, Finanz und Personenströme sind auch Transportkanäle für Informationen und soziale Normen

Staatliche Handlungsfähigkeit Effizienzhypothese: zunehmende Offenheit der Märkte verstärkt Standortwettbewerb (Druck auf Staaten), Kompensationshypothese: Staaten haben auch im Zeitalter der Globalisierung Möglichkeiten, wirksame politische Instrumente zur Kontrolle einzusetzen

Innenpolitik Effekte auf politische Präferenzen und Wahlverhalten (stärkere Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt), Effekte auf politische Verantwortlichkeiten (Politiker in wirtschaftlich offenen Ländern bei Wahlen weniger häufig für schlechten Wirtschaftsverlauf bestraft), Effekte auf politische Konjunkturzyklen (Angleichung wirtschaftlicher Konjunkturzyklen bewirkt Angleichung politischer Zyklen), Qualität der Demokratie (Niedergang traditioneller Parteien)